

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 34

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Wehrsteuer oder Umsatzsteuer

-an- Im Kampf um die Bundesfinanzreform zeichnet sich eine Streitfrage ab, die ihrem Charakter nach die weitesten Kreise zu interessieren vermag. Von seiten der «Kapitalkreise», das heisst, vom «Handels- und Industrieverein», von der Bankiervereinigung, vom Gewerbeverband und zweifellos von sämtlichen Kreisen, welche die Beibehaltung der Wehrsteuer als einer dauernden Bundeseinnahme direkt betroffen werden, wird der Vorschlag erhoben, der Finanzminister der Eidgenossenschaft möge sich nach einer andern, für sie weniger «ärgerniserregenden» Steuerquelle umsehen, welche gleichviel einbringe. Das Steuerobjekt ist auch genannt worden: Der Waren-Umsatz. Die «Wust» möge von 4 auf 5 Prozent erhöht werden.

Gegen eine solche Lösung der Bundesfinanzsorgen erhebt vor allem die Linke Protest. Der Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei hat den direkten Wunsch ausgesprochen, die Wehrsteuer als Dauereinrichtung zu fixieren, mit einer Einschränkung allerdings: Die «absolut ungenügenden steuerfreien Minima» müssten erhöht werden. Wie sehr ungenügend dieses Minimum tatsächlich ist, davon weiss jeder ein Liedlein zu singen, der mit seinem Einkommen und einem unter Um-

ständen wertmässig tief gesunkenen Vermögen bluten muss. Die Erhöhung dieses Minimums müsste entsprechend der Geldentwertung vorgenommen werden. So wünscht es der Parteivorstand der SPS. Sein Grundsatz lautet: Die Partei wird keiner Finanzreform im Bunde beistimmen, welche nicht die Besteuerung der grossen Einkommen und Vermögen als wesentlichen Bestandteil in sich schliesst. Die erhöhten Minima müssten also bis in jene Höhen hinauf reichen, wo die eigentlichen Gross-Einkommen und die überdurchschnittlichen Vermögen beginnen. Das ist der Sinn dieses doppelten Wunsches.

Man möchte sagen: Hier wird, was längst höchst notwendig gewesen wäre, eine Forderung erhoben, die den kleinen Mittelstandsmann begeistern könnte. Weiss doch gerade er, dass sein «Einkommen aus Vermögen» nach Abzug aller Steuern auf ein einziges armes Prozentlein gesunken ist, falls er so dumm gewesen, sein «Ersparthes» in einem Kassenbüchlein statt in einem hoch rentierenden Hause oder anderswie anzulegen. Würde ihn wenigstens der Bund in Ruhe lassen, bekäme er ein klein wenig Luft und könnte hoffen, vielleicht auch von der Gemeinde und vom Kanton später ein wenig mehr in Gnaden angesehen zu werden.

Die Streitfrage wird sein: Bedeutet die um ein Prozent erhöhte Umsatzsteuer in Wahrheit eine Belastung gerade der untersten Volkskreise? Man vergisst oft, dass ein Produkt mehr als einmal mit diesen ominösen Prozenten belastet wird, bevor es zum Konsumenten den Weg findet: Vom Lieferanten zum Grossisten, vom Grossisten zum Detailhändler, vom Detailhändler zum Verbraucher. Aber nehmen wir an, eine Familie habe für ihre sämtlichen Haushaltsausgaben ohne Miete nur 1 Prozent mehr als bisher zu bezahlen, also schätzungsweise für 3000 Fr. 30 Fr. oder 150 Fr. statt 120 Fr. Dann haben wir eine Steuersumme, welche als «Wehrsteuer» schon ein ordentliches Einkommen voraussetzt...

Die grossen Hoffnungen

Zwischen den Niederlanden und der britisch-amerikanischen Zone des Reiches fanden Verhandlungen über die Möglichkeit eines gegenseitigen Warenaustausches statt. Man sollte meinen, nichts wäre natürlicher als Handelsbeziehungen zwischen benachbarten Gebieten. Besonders dann, wenn solche früher in grösstem Umfange vorhanden waren. Allein die Verhandlungen zerschlugen sich. Die Deutschen machten geltend, dass sie, was sie für den Export übrig hätten, nach Ländern liefern müssten, welche in Dollars bezahlen. Die allmächtige Dollardevisen sei der Zauberschlüssel, um die so notwendigen Amerika-Produkte zu kaufen. Und weil das so sei, müsste man mit Bedauern auf Hollandwaren verzichten und gleichzeitig mit Bedauern davon Abstand nehmen, den Holländern etwas zu liefern.

All jene Kritiker, welche sich über die bössartige Unterbindung des Verkehrs zwischen der deutschen Ost- und Westzone empörten, die Zerstörung selbstverständlicher Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Reiches als Widersinn bezeichneten und schlossen, Moskau plane mit Absicht die Zerstückelung Deutschlands und die Sowjetisierung der Ostzone, finden in dieser Vereitelung des holländischen Handels mit Deutschland ein entsprechendes Gegenstück des Widersinnes. Und wenn auch nicht «Bösartigkeit» wie im Falle der russischen Zerstückelungspolitik als Ursache angegeben werden kann, der Effekt ist ein ähnlicher. Nachbarn können nicht tauschen, was sie entbehrlich finden, nicht eintauschen, was ihnen die Nachbarn liefern könnten und was man zu Hause selber nicht hat. Im Falle der russischen Wirtschaftsstörung sprach man von absichtlicher Sabotage der deutschen Erholung. Im «Falle des Dollars» könnte man von zwangsläufiger Sabotage der gesamteuropäischen Erholung sprechen. Von einer zerrüttenden Wirkung jener Notwendigkeit, die man «Devisenbeschaffung» nennt.

Die Einsicht, dass der «Faktor Devisen», besser, die Schwierigkeit, sich Devisen zu beschaffen, eine der bedenklichsten Hemmungen im Gesamtverlauf der europäischen Erholung sei, bestimmte die Delegierten der Niederlande und Belgiens, an der Pariser Konferenz den Vorschlag zu machen, man möge eine gesamteuropäische Dollar-Clearingstelle schaffen. Wer dieser Stelle eine Summe schuldet, braucht sie nicht schlankweg zu bezahlen, sondern kann unter Umständen warten, bis die Guthaben aus laufenden Lieferungen einen Teil der Schuld decken. Das Vorbild des Giroverkehrs in jedem nationalen Wirtschaftsgebiet hat längst gezeigt, welche Erleichterung im Zahlungsverkehr dieser «bargeldlose» Verrechnungsmodus Schuldnern und Gläubigern bietet. Die Vertreter der drei alten «niederländischen» Gebiete Holland, Belgien und Luxemburg, die sich zu einer Zollunion zusammengefunden haben, waren ganz natürlicherweise gerufen, einen solchen konstruktiven Vorschlag zu machen. «Benelux» führt in Paris ideell — dies ist der Eindruck, den man aus den spärlich fliessenden Nachrichten über die Konferenz gewinnt. Hoffentlich wird diese «Dollar-Zentral-Verrechnungsstelle» oder wie sie heissen wird, einer der Hauptvorschläge sein, die von den fleissigen Kommissionen ausgearbeitet werden, um dem USA als Antwort auf den «Marshallplan» zu dienen. Man überlege sich zum Beispiel nur, was es bedeutet hätte, wenn die deutschen Westzonen bei einer solchen Bank für Holland-Lieferungen Dollars «gutgeschrieben» bekämen, umgekehrt die Niederlande eben solche für ihre Deutschland-Lieferungen. Das reichere Holland könnte seine Forderungen auflaufen lassen, Deutschland aber würde sein Guthaben vorläufig für Bezüge aus



Küblers Ehegattin erlebt den Triumph am Furkapass

Die Gattin Ferdi Küblers hatte sich am Montag auf der Furkapasshöhe eingefunden. Sie erlebte an diesem Tage den Triumph ihres Gatten höchst persönlich. Als der Spitzenmann in den letzten Kehren vor der Furkapasshöhe eintraf, liess es sich seine Frau nicht nehmen, ihm einen Ananasschnitz in den Mund zu stecken (Photopress)



Am Tage der Unabhängigkeit Indiens, an dem die beiden neuen freien Dominions Hindustan (Indien) und Pakistan dem Verband des britischen Commonwealth beitraten, hielt in Karachi der Präsident und Generalgouverneur Pakistans, Mahomed Ali Jinnah, in Anwesenheit von Lord Louis Mountbatten (links), Generalgouverneur von Hindustan, eine grosse Rede vor der gesetzgebenden Nationalversammlung Pakistans, die er mit den Worten schloss: «Wir werden gute Freunde bleiben»

Amerika gutschreiben lassen und so weiter und so weiter.

Der Sinn einer solchen Zahlungszentrale liegt, populär ausgedrückt, darin, dass man ein und denselben Betrag der Reihe nach für mehr als einen Zweck verwenden kann, während er, wenn nur zwei Partner miteinander handeln, sofort blockiert wird, sobald der eine zu direkten Gegenleistungen unfähig ist. Es ist nur eins zu hoffen: Dass mehr solcher Vorschläge «wirtschaftsfördernder Art» gefunden werden. Wer etwa sagen wollte, dieses internationale «Dollar-Giro-Institut» laufe auf einen künstlichen Trick hinaus, dem muss man antworten, dass die «höheren Geldgeschäfte» insgesamt darauf hinauslaufen, und dass wir dem Himmel danken müssen, jedesmal, wenn es gelingt, durch einen genialen Einfall die Bremswirkung zu beseitigen, die durch die Zahlungsunfähigkeit eines wichtigen Wirtschaftsbietes auf die Gesamtwirtschaft übertragen wird.

England, Frankreich und Italien,

zwei Siegerländer und ein Besiegter, stehen alle drei im Grunde vor derselben Schwierigkeit wie Westdeutschland, als es sich unfähig erklären musste, mit Holland zu handeln. Alle drei brauchen Dollars, alle drei stehen vor der Notwendigkeit, mehr exportieren zu können, um Dollars zu verdienen, alle drei sind gezwungen, soviel als möglich nach Ländern zu liefern, die in Dollars oder in einer andern hochwertigen Devisen bezahlen, und alle drei können infolgedessen nur danach trachten, die andern, in schlechter Valuta bezahlenden Gebiete zu benachteiligen. Das heisst: Für England ist es ein «Verlustgeschäft», wenn es gegen italienische Lira — die nun neuerdings abgewertet sind — liefern muss. Und wenn Italien England liefert, ist es immer noch ein Verlust-

geschäft, verglichen mit einer Lieferung gegen Dollars. Frankreich, das zwischen beiden steht, ist nach links und nach rechts in derselben Lage. Eine im Grunde lächerliche Angelegenheit!

Kein Wunder, dass an der Pariser Konferenz auch der Gedanke an eine europäische Zollunion auftaucht, und dass hinter den Kulissen über die Möglichkeit einer solchen diskutiert wird. England kann darauf nicht antworten, bevor es mit den Staaten seines Empire an der demnächst in Canberra, der australischen Hauptstadt angesetzten Reichskonferenz gesprochen hat. Werden Australien, Kanada und Südafrika nebst den beiden Indien, auf die es ankommt, den Vorteil einsehen, den die Eingliederung des Mutterlandes in einen europäischen «zollfreien Raum» brächte? Oder werden sie darauf bestehen, dass, wenn schon Zollunionen geschlossen werden, England nur einer solchen zwischen den Staaten des Commonwealth angehören dürfe?

Die Staaten des «Empire» haben seinerzeit zustimmen müssen, als England die grosse Dollarleihe gegen das Versprechen erhielt, USA in den britischen Dominions und Kolonien dem Mutterlande sozusagen gleichzustellen. Heute sind sie Zeugen neuer Verhandlungen zwischen London und Washington, nicht über eine neue Dollarleihe, sondern über eine Revision der Bedingungen jener schwer lastenden alten. Vermutlich möchte London geringere Zinsen leisten oder die Rückzahlungsfristen verlängern, aber auch die teilweise Auslieferung seines Empire an die USA-Wirtschaft beschränken. Eine neue Anleihe, so erklärte einer der englischen Unterhändler, stehe nicht in Frage. Man versteht: London setzt alle Hebel in Bewegung, um die Abhängigkeit vom Dollar zu lockern, auch die Abhängigkeit des Empire. Bisher spürte man wenig von einem solchen Widerstand, und

die Opposition rechts und links machte der Labourregierung direkt und indirekt darüber Vorwürfe. Der Wille, das Commonwealth in den europäischen Aufbauplan einzubeziehen, von Bevin gleich bei Konferenzbeginn ausgesprochen, stösst mit den USA gewährten Wirtschaftsrechten im englischen Reiche zusammen. Verhandlungen drängten sich darum auf.

Der deutsche Wiederaufbau, kann, wenn er gelingt, die totale Zerklüftung des ganzen westlichen Interessenkomplexes beseitigen. In Amerika tagt seit ungefähr einer Woche die «Ruhrkohlenkonferenz» offiziell. England strengte sich weidlich an, das Programm der Tagung auf ein einziges Traktandum zu beschränken, eben auf die Förderung der Ruhrkohle. Es wollte sich um keinen Preis in eine Gesamtdiskussion über die Wirtschaft beider Zonen einlassen, schon um Frankreichs willen, das seine Sicherungen will, bevor es auch nur einen Anfang des «deutschen Wiederaufbaus» akzeptiert. So gaben die Verhandlungen denn auch als konkreten Gegenstand der Tagung die Steigerung der Kohlenförderung auf die Höhe von 300 000 Tonnen an. Und London sorgte dafür, dass Amerika die «conditio sine qua non» dieser Förderung anerkannte: Die Sicherung der Ernährung in der Ruhr. Wenn je eine der vielen Nachkriegsbesprechungen Erfolg haben wird, dann diese «kleine Konferenz zu Zweit» mit ihrem eng umgrenzten Programm. Und vielleicht schliessen die verantwortlichen Politiker daraus, dass man überhaupt nur dann etwas erreicht, wenn man konkrete und greifbare Gegenstände, statt «weltumspannender Probleme», behandelt.

USA will dreihundert Millionen pumpen — nicht etwa stiften — um so rasch wie möglich den Apparat, der heute so schlecht schafft, in Gang zu bringen. Wem diese gewaltige Summe, dreimal soviel, als seinerzeit de Gasperi für die gesamte italienische Wirtschaft heimbrachte, geliehen werden soll, ist natürlich nicht gleichgültig. England lässt die deutschen Gewerkschaften aufmarschieren, damit sie die Ueberführung der Gruben in den Besitz des deutschen Volkes fordern sollen — in Uebereinstimmung mit den britischen Plänen. Dieser «sozialisierte Besitz» wäre alsdann mit einer amerikanischen Riesenhypothek belastet. Ob es aber gelingt, Amerika zu einem solchen Pump an die «sozialisierte Ruhr» zu bewegen, ist äusserst zweifelhaft. Und ebenso zweifelhaft ist, ob die Arbeiter willig sein werden, mit der nötigen Freudigkeit zu arbeiten, wenn die alten Besitzer, vermehrt um amerikanische Teilhaber, wiederkommen. Es wird hier in aller Stille ein Kampf zwischen «Kapital» und «Revolution» ausgefochten, in welchem Amerika den Sieg gleich von Anfang an in der Tasche zu haben scheint, wobei es sich jedoch um einen unsicheren Sieg handelt. Denn die Ruhrgehaltigen gehören nach Ansicht der Kommunisten — und die Bergarbeiter sind stark kommunistisch durchsetzt — zu den Kriegsverbrechern. Aber selbst die Kommunisten werden sich fügen müssen, wie auch die Washingtoner Beschlüsse ausfallen.